

# Lebensarbeitszeitkonto statt Vorgriffstunde – was kommt?

Das Positive vorweg: Dank der vielen Proteste ist die verpflichtende Mehrarbeit vom Tisch. Es geht inzwischen um freiwillige Mehrarbeit.

Kultusministerin Marion Schick (CDU) hat die Gespräche mit der GEW und dem Beamtenbund über die Ausgestaltung eines Lebensarbeitszeitkontos aufgenommen. Die GEW begrüßt die frühe Einbeziehung und wird ihren Forderungskatalog vorlegen.

## Was will die GEW?

- Angesammelte Bugwellen-Stunden müssen dann zurückgegeben werden, wenn die Lehrer/innen dies wollen.
- Die Landesregierung muss die freiwillige Mehrarbeit in Zeit oder Geld verzinsen.
- Eine Erhöhung der Deputate für die gesamte Laufzeit dieser Arbeitszeitkonten muss ausgeschlossen werden.
- Die freiwilligen Mehrarbeitsstunden müssen innerhalb jeder Schulart für eine gleichmäßige Versorgung der Schulen genutzt werden.
- Regelmäßige Mehrarbeit, erst recht über das volle Deputat hinaus, konterkariert bei den zu hohen Deputaten die Maßnahmen zur Gesundheitsprävention.

## Was will die Landesregierung?

- Im Jahr 2011 sollen ab September zwanzig Millionen Euro eingespart werden. Davon entfallen rund 11 Millionen auf den Schulbereich.
- Die rechtlichen Regelungen sollen bis Juni geklärt sein.
- Freiwillige Mehrarbeit im Umfang einer Stunde, bei Bedarf mehr, soll möglich sein.

## Mehrarbeit vernichtet bis zu 800 Einstellungschancen

Die GEW hat in Gesprächen mehrfach und klar Ministerpräsident Mappus und Kultusministerin Schick die Frage gestellt, ob die Landesregierung im Volumen der freiwilligen Mehrarbeit Stellen sperren und damit Einstellungschancen vernichten wird. Weder der Ministerpräsident noch die Kultusministerin haben diese Frage klar beantwortet.

- Die Landesregierung wird vermutlich erst nach der Landtagswahl die Sperrung von Stellen bekannt geben, wenn sich die Lehrkräfte schon zu freiwilliger Mehrarbeit bereit erklärt haben.
- Wenn Lehrkräfte in beträchtlichem Umfang Mehrarbeit leisten, kann die Landesregierung in diesem Volumen Stellen sperren und ohne Verschlechterung der Unterrichtsversorgung die vorgesehene Einsparung von elf Millionen Euro erzielen.
- Elf Millionen Euro entsprechen etwa 800 Einstellungsmöglichkeiten.

## Deshalb:

**Die GEW fordert alle Lehrer/innen auf, sich nicht zu freiwilliger Mehrarbeit bereit zu erklären, solange die Landesregierung nicht zusichert, dass dadurch keine Lehrerstellen gesperrt oder gestrichen werden.**